GENDER
OPEN
REPOSITORIUM

Corona-Solidaritäten

Boos, Tobias; Hajek, Katharina; Hajek, Benjamin

2020

https://doi.org/10.25595/3690

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Boos, Tobias; Hajek, Katharina; Hajek, Benjamin: *Corona-Solidaritäten*, in: Femina politica : Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft, Jg. 29 (2020) Nr: 2, 123–124. DOI: https://doi.org/10.25595/3690.

Erstmalig hier erschienen / Initial publication here: https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v29i2.17

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY SA 4.0 Lizenz (Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de

Terms of use:

This document is made available under a CC BY SA 4.0 License (Attribution - ShareAlike). For more information see:

https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Corona-Solidaritäten

TOBIAS BOOS. KATHARINA HAJEK. BENJAMIN OPRATKO

Angesichts der neoliberalen Desartikulation von Gesellschaft zeigt sich ein Ringen um die Neuorganisation von Solidaritätsbeziehungen (Femina Politica 2019). Hinter dem Streit darüber, wer als legitime_r Adressat_in ‚unserer' Solidarität angesehen wird, steht letztlich die Frage: „Wer ist Gesellschaft?" Öffnet man die Begriffsschachtel der Solidarität, „purzeln einem ganz verschiedene Worte und Sentenzen aus ganz unterschiedlichen Zeiten entgegen", beobachtete jüngst Heinz Bude (2019, 22). Nicht erst seit der Covid-19-Pandemie wird diese Schachtel neu befüllt. Wurde Solidarität über das 20. Jahrhundert hinweg mit linken Kräften assoziiert, verweisen jüngere Studien auf rassistische oder nationalistische Formen der „exkludierenden Solidarität" (Altreiter et al. 2019).

Die Pandemie treibt die Neuorganisation der Solidaritätsbeziehungen nun weiter, zunächst entlang ausgefahrener Wege. Wie die langen Schul- und Kindergartenschließungen – bei gleichzeitigem Ansturm auf die Baumärkte – eindrücklich gezeigt haben, wird die Frage danach, wer unbezahlte Care-Arbeit übernimmt, gar nicht erst gestellt, sondern die Antwort als selbstverständlich *vorausgesetzt* – mit Blick auf den anhaltenden Gender Care Gap wenig überraschend. Wie schon in der Weltwirtschaftskrise vor über zehn Jahren zeigt sich, dass in Krisenzeiten auf tradierte Vorstellungen von Privatheit zurückgegriffen und vergeschlechtlicht-reproduktive Zuständigkeiten und Fürsorgepraxen aktiviert werden. Krisenbearbeitung erfolgt also erneut über Subjektivierungsweisen (Hajek/Opratko 2013). *Solidarität als vergeschlechtlichte Sorge* wird als gesellschaftliche Stabilitätsreserve angezapft. Zu prüfen ist nun, wie sich in den (staatlichen) Anrufungen der Solidarität die Balance zwischen einbindenden und strafenden Formen der Pandemiepolitik neu austariert. Aktuell scheint jedenfalls in Deutschland und Österreich eine Verschiebung stattzufinden. Einer ersten Phase, geprägt von Lockdown, sozialer Distanzierung und Quarantänemaßnahmen, lag ein Verständnis des Virus als Größe innerhalb einer Wahrscheinlichkeitsrechnung zugrunde. Corona war potenziell überall, die Krankheit eine unsichtbare Gefahr für jede und jeden. Der biopolitische Staat trat in die Mitte des Lebens auch jener privilegierten Menschen, die sonst von staatlichen Eingriffen in den eigenen Alltag weitgehend verschont bleiben (Opratko 2020, 18). Der in den gesellschaftlichen Gesamtkörper diffundierende Virus und die Notwendigkeit, Verhaltensänderungen in größtmöglicher Zahl über Klassen- und Milieugrenzen hinweg zu veranlassen, erforderte den Einsatz möglichst universeller Anrufungen. Der Begriff der Solidarität bot sich zur Verschränkung von Self Care und Sorge um die Nächsten an. In Österreich lancierte die Bundesregierung eine breit angelegte Werbekampagne mit dem Slogan „Schau auf dich, schau auf mich!". In dieser Anrufung tritt ein Modus der *monadischen Solidarität* zutage, mit deren Hilfe es den Regierungen in Deutschland und Österreich gelang, die Zahl der Infizierten

soweit zu reduzieren, dass das Virus wieder mess- und lokalisierbar wurde. Das eröffnete die Möglichkeit einer zweiten Phase der Pandemiepolitik: An die Stelle von Maßnahmen, die zumindest formal alle gleichermaßen trafen (und dadurch erst recht existierende Ungleichheit verstärkten), trat eine Strategie der *abjektiven Solidarität*. Darin weicht die mit punitiven Elementen flankierte monadische Solidarität einer Logik der Partikularisierung und Abstoßung. Potenziell Infizierte werden als Gefahrenherde identifiziert, Übertragungen durch Isolation verhindert. Für die Journalistin Elsa Koester (2020) geht damit eine Veränderung der Sprache einher: „Von Familienfeiern zum Ende des Ramadan ist die Rede, von Wochenendausflügen nach Rumänien. Alles Begriffe, die eines anzeigen sollen: Es sind *die anderen*, die sich anstecken, *weil sie anders sind*."

Die Reichweite der Sorge um Andere kontrahiert, die Grenzen der Solidarität werden einmal mehr entlang rassistischer Scheidelinien und der Klassenspaltung gezogen. Fleischverarbeitungsbetriebe, Paketverteilzentren und andere Orte, wo sich kapitalistische und rassistische Arbeitsteilung treffen, erweisen sich nicht zufällig als besonders gefährliche ‚Virencluster'. In der öffentlichen Debatte gelingt es, diese Knotenpunkte des logistifizierten Kapitalismus zu Nicht-Orten außerhalb der Gesellschaft zu erklären. Gesellschaftstheoretisch und zeitdiagnostisch lässt sich der derzeitige Phasenübergang in der Coronapolitik demnach als Übergang hin zu einer Solidaritätsanrufung lesen, die buchstäblich die Einzäunung und die „soziale Abjektion" (Tyler 2013, 19) jener voraussetzt, die vermeintlich nicht Gesellschaft sind.

Literatur

Altreiter, Carina/**Flecker**, Jörg/**Papouschek**, Ulrike/**Schindler**, Saskja/**Schönauer**, Annika, 2019: Umkämpfte Solidaritäten. Wien.

Bude, Heinz, 2019: Solidarität. Die Zukunft einer großen Idee. München.

Femina Politica. **Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft**, 2019: Umkämpfte Solidaritäten. 28 (2).

Hajek, Katharina/**Opratko**, Benjamin, 2013: Subjektivierung als Krisenbearbeitung. In: Femina Politica. Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft. 22 (1), 44-56.

Koester, Elsa, 2020: Klasse Virus. Internet: https://www.freitag.de/autoren/elsa-koester/klasse-virus (17.7.2020).

Opratko, Benjamin, 2020: Die Kultur der Ablehnung. In: Das Tagebuch. 7-8, 16-21.

Tyler, Imogen, 2013: Revolting Subjects: Social Abjection and Resistance in Neoliberal Britain. London.